

Bündnis Kinder- und Jugendhilfe kommt mit Bundes- und Landesfamilienministerin im Rahmen der Mahnwache bei der JFMK ins Gespräch

Am 21. Mai 2015 trafen sich die auf Bundes- und Länderebene verantwortlichen politischen Kräfte zur diesjährigen Jugend- und Familienministerkonferenz unter der derzeitigen Federführung des Saarlandes in Perl an der Mosel.

Die unverändert gegebenen grundsätzlichen Probleme in weiten Teilen der Kinder- und Jugendhilfe waren ausschlaggebend dafür, dass unser Bündnis Kinder- und Jugendhilfe in Kooperation mit dem Deutschen Berufsverband für Soziale Arbeit erneut eine Delegation für eine Mahnwache zum Ministertreffen entsandt hat. Im Rahmen dieser Mahnwache wurde den KonferenzteilnehmerInnen ein vom Bündnis erarbeitetes Memorandum überreicht (siehe ...)

Im Rahmen dieser Mahnwache kam unsere Delegation zu einem kurzen, aber intensiven Austausch mit der Bundesministerin für Frauen, Familie, Senioren und Jugend Frau Manuela Schwesig, sowie mit der saarländischen Familienministerin Frau Monika Bachmann. In diesem Gespräch war es uns erneut wichtig, deutlich zu formulieren, dass die politisch Verantwortlichen mit dem Thema „Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendhilfe“ tatsächlich deren fachliche und qualitative Grundlagen mit Methoden der betriebswirtschaftlich und verwaltungstechnisch orientierten Neuen Steuerung sukzessive aushöhlt und zerstört. In der Kürze der Zeit konnten nur einige der gravierenden Folgen dieser Politik für die gegenwärtige sozialpädagogische Praxis der Kinder- und Jugendhilfe und für die AdressatInnen, den jungen Menschen und ihren Eltern angesprochen werden:

- die Jugendämter untergraben selbst zunehmend ihre sozialpädagogischen Aufgaben zugunsten einer an verwaltungs- und betriebswirtschaftlichen Techniken orientierten Steuerung und Kontrolle. Davon ist insbesondere der Allgemeine Soziale Dienst (ASD) innerhalb der Jugendämter betroffen. Deren Mitarbeitenden folgen zunehmend den Kriterien der Neuen Steuerung. Dabei stehen die sozialpädagogischen Fachkräfte zumeist selbst unter strenger Aufsicht und müssen eine rigide kommunale Kürzungspolitik umsetzen.
- Zugleich sind die ASD-Teams personell nicht selten so schwach aufgestellt, dass es zu teils unverantwortlichen Missverhältnissen der Fachkraft zu den zu betreuenden Familien kommt, teils bis zu 120 bis 140 Familien auf eine ASD-Fachkraft.
- Die Ressourcen der verschiedenen Formen der ausgedünnten Hilfen zur Erziehung werden nach dem Gießkannenprinzip gestaltet. Die Hilfen werden angeboten, aber in teils stark verkürzter Form, wie dies in den Sozialpädagogischen Familienhilfen oft besonders deutlich wird.
- Ähnlich sieht es bei den Hilfen der Freien Träger aus, die durch eine kommunale fiskale Deckelungspolitik unzureichend personell ausgestattet sind oder aber durch die Einführung marktwirtschaftlich orientierter Träger in ein betriebswirtschaftliches Konkurrenz- und Dumpingsystem getrieben werden. Im Mittelpunkt steht dann nicht mehr der Mensch, sondern Finanzeffizienz bzw. betriebswirtschaftliches Gewinnstreben. Leidtragende sind hier vor allem die Fachkräfte an der Basis der gesamten Kinder- und Jugendhilfe, die unter prekären arbeitsvertraglichen, personellen und materiellen Bedingungen eine hoch anspruchsvolle Arbeit leisten wollen. Sie scheitern nicht selten unter diesen unzureichenden Bedingungen, erkranken oder resignieren.
- Teils werden die mit einem Rechtsanspruch versehenen Hilfen zur Erziehung gerne zugunsten vorgelagerter Präventionsangebote und anderer verkürzter Hilfeformen z.B. in

den sog. „Schnittstellenbereich“ (wobei dieses Wort zwangsläufig Assoziationen zu selbstverletzendem Verhalten auslöst) „Schule“ verlagert. Dies ist ein Kunstgriff zur Umgehung der oft als zu teuer und ineffektiv diskreditierten Hilfen zur Erziehung. Diese Politik wird seit einigen Jahren insbesondere vom Stadtstaat Hamburg propagiert und exerziert und als Modell einer modernen Jugendhilfe, der sog. „Neuen Hilfen“ verkauft.

- Gerne wird als neuester Trend die fachliche Arbeit durch Formen gesteuerter Ehrenamtlichkeit ersetzt. Es sind dann die sozialpädagogischen Fachkräfte selbst, welche die Aquse und die Anleitung von Ehrenamtlichem im Rahmen des sog. Bürgerschaftlichen Engagemtes gestalten sollen.
- Am deutlichsten bleiben unter diesen Bedingungen diejenigen Menschen auf der Strecke, um die es im Kern geht, die jungen Menschen und ihre Eltern. Ihnen wird eine qualitativ wertvolle Hilfe versprochen, die dann in der Umsetzung erschreckend hinter den Ansprüchen einer Kinder- und Jugendhilfe zurückbleibt, welche die Menschen begleiten und zur „Hilfe zur Selbsthilfe“ befähigen und dementsprechende Beziehungsprozesse gestalten will.

Am Ende formulierten wir unsere Erwartung, dass die Jugendhilfepolitik die Planung und Umsetzung solcher verkürzten und fachfremden Konzepte der vergangenen Jahre beendet und sich auf die sozialpädagogischen Grundlagen und die Ethik des Kinder- und Jugendhilfegesetzes besinnt. Von diesen ausgehend sollten Überlegungen und Anstrengungen erfolgen, wie eine Kinder- und Jugendhilfe gestaltet sein muss, die den jungen Menschen und ihren Eltern auf allen Ebenen fachlich angemessene und nachhaltige Unterstützung anbieten kann. Dies ist in Zeiten der neoliberalen Wandlung dieser Gesellschaft mehr denn je notwendig, in denen zunehmend Familien durch chronische Verarmung ausgegrenzt und junge Menschen durch die überbordenden Zugriffe des freien Marktes in teils existentielle Krisen geraten.

Wir haben uns sehr gefreut, mit den beiden Ministerinnen im Rahmen der knappen Zeitmöglichkeiten in einen konzentrierten Dialog zu treten. Wir teilten in diesem die Ansicht von Frau Ministerin Schwesig, dass die Vernetzung der Akteure innerhalb der Jugendhilfe und in den sog. Schnittstellenbereichen oft genug unzureichend bleibt. Jedoch gaben wir zu bedenken, dass dies gerade eines der vielfältigen Symptome dieser seit Jahren währenden Verkürzungspolitik in der Kinder- und Jugendhilfe sei. Hier fehle es der Politik oft genug an Kenntnissen, wie sich die kommunale Praxis, teils jenseits der gesetzlichen Erfordernisse des SGB VIII, gestalten lässt. Hier habe auch die Schließung bzw. die Entmachtung der Landesjugendämter als Fachaufsicht der Kommunen ihren Teil zu dieser Entwicklung beigetragen.

Frau Ministerin Bachmann schlug angesichts der Komplexität der Thematik und der knappen Zeit vor, diesen Dialog mit dem Bündnis Kinder- und Jugendhilfe in einem konzentrierten Rahmen fortzusetzen und lud dazu ausdrücklich ein. Wir danken für diese Einladung und werden dieses Angebot sehr gerne wahrnehmen.

Matthias Heintz, 23.5.2015